

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

M 111 Motion Bucher Markus und Mit. über den Kanton Luzern als Pionier im Bereich «autonomes Fahren» von Fahrzeugen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Andreas Bärtschi beantragt Erheblicherklärung als Postulat.
Markus Bucher wandelt seine Motion in ein Postulat um.

Markus Bucher: Falls Sie vor ungefähr einem Monat die Sendung «10 vor 10» gesehen haben, konnten Sie eine Taxifahrt des SRF-Amerika-Korrespondenten Peter Düggeli in Los Angeles miterleben, wohlgermerkt in einem Taxi ohne Chauffeur, das er per WhatsApp bestellt hat. Wenn Sie die «Luzerner Zeitung» vom 8. Juli 2024 durchgeblättert haben, konnten Sie über eine analoge Fahrt des Journalisten Benjamin Weinmann in San Francisco lesen. Autonomes Fahren ist nicht mehr einfach eine Utopie, die auf irgendwelchen Teststrecken angewendet wird. Nein, in den Grossstädten von Kalifornien gehören diese Fahrzeuge zum Stadtbild. Jedermann kann dort heute ein Taxi ohne Fahrer bestellen. Diese Fahrzeuge machen sehr schnelle Fortschritte und verbreiten sich rasant. Bald werden solche Autos in Europa und in der Schweiz fahren. Der Bundesrat hat dies erkannt und zwei Verordnungen in die Vernehmlassung geschickt. Darin steht unter anderem, dass die Kantone für automatisiertes Parken und automatisiertes Fahren auf vorbestimmten öffentlichen Strecken Zulassungsbehörde sein werden. Ich entnehme der Stellungnahme des Regierungsrates, dass er überzeugt ist, dass dazu absolut keine Anpassung der kantonalen Gesetze notwendig ist. Das heisst konkret: Wenn morgen ein Parkhaus ein Gesuch für autonomes Parkieren stellt, kann es sofort beurteilt und genehmigt werden. Wenn morgen ein Lieferunternehmen autonome Lieferwagen in Luzern fahren lassen will, bestehen aus kantonalen Sicht alle gesetzlichen Massnahmen. Ich nehme Sie beim Wort und wandle deshalb meine Motion in ein Postulat um. Damit halte ich an meiner Forderung fest, dass der Kanton Luzern in diesem Bereich eine Pionierrolle einnehmen soll. Eigentlich wollte ich Ihnen heute erklären, wie wichtig mein Vorstoss ist. Nun hat das Bundesamt für Strassen (Astra) aber letzte Woche entschieden, dass der Bundesrat das autonome Fahren auf Autobahnen ab nächstem Jahr voraussichtlich erlaubt. Statt dass am Mittwoch in der «Luzerner Zeitung» stand «Luzern als Pionier von autonomem Fahren», stand am Donnerstag «Zug soll Pionier im autonomen Fahren werden». Mario Cozzio und ich haben vor zwei Jahren in Sachen autonomes Fahren den Wecker gestellt. Mit dem Einreichen meiner Motion vor einem Jahr hat der Wecker geklingelt, und die Regierung hat ihn auf Schlummern gestellt. Nun klingelt der Wecker wieder, und spätestens heute wäre die Zeit zum Erwachen gekommen. Der

Kanton Zug, der schon bei den Kryptowährungen die Nase vorn hatte, will wieder vorn dabei sein. Der Kanton Zug arbeitet scheinbar mit der Amag und Siemens zusammen. Verwirrend ist dabei aber, dass er mit der Universität St. Gallen (HSG) zusammenarbeitet. Wieso nicht mit der Hochschule Luzern (HSLU) oder der Universität Luzern? Wieso planen wir nicht in Rothenburg ein Kompetenzzentrum für Fahrzeugprüfungen von autonomen Fahrzeugen? Machen wir uns auf, um beim autonomen Fahren eine wichtige Rolle einzunehmen, damit es nächste Woche in der «Luzerner Zeitung» wenigstens heisst «Die Innerschweiz wird Pionier im autonomen Fahren». Der Regierungsrat hat keine Lust darauf, vielleicht sehen Sie es anders. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen.

Andreas Bärtschi: Wir sind froh, dass es keine kantonale Gesetzgebung gibt, die Innovationen im Bereich des autonomen Fahrens verhindert. Trotzdem begrüssen wir die Initiative von Markus Bucher. Das autonome Fahren wird die Mobilität verändern und bietet viele Chancen. Diese Chancen muss der Kanton Luzern nutzen. Aus diesem Grund beantragt die FDP-Fraktion die Erheblicherklärung als Postulat. Der Regierungsrat soll prüfen, wo die Innovation im Bereich des autonomen Fahrens unterstützt und das Thema proaktiv angegangen werden kann. Auch ich habe die «Luzerner Zeitung» gelesen. Letzten Samstag erschien ein Interview mit Helmut Ruhl, dem CEO des grössten Autoimporteurs der Schweiz. Er sagte: «Im Kanton Zug bündeln Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ihre Kräfte, um die Herausforderung rund um die Dekarbonisierung von Energie, Infrastruktur und Mobilität gemeinsam anzugehen.» Ich teile die Meinung von Markus Bucher, dass es begrüssenswert wäre, wenn in Zukunft der Kanton Luzern im gleichen Atemzug genannt würde.

Bernhard Steiner: Für die SVP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, wieso sich der Staat jetzt plötzlich in die Entwicklung von automatisierten Fahrzeugen einmischen soll. Der Kanton Luzern hat schon jetzt einen unbeschränkt wachsenden Personalbestand und sollte deshalb seine finanziellen Ressourcen für seine Kernaufgaben wie Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und Sicherheit einsetzen. Wir laufen sonst Gefahr, dass sich der Staat plötzlich in zu viele Bereiche der Wirtschaft einmischt und unnötige personelle Ressourcen gebunden werden, die anderweitig dringend gebraucht werden könnten. Wir dürfen ruhig auf die unternehmerische Freiheit vertrauen, die es doch immer wieder schafft, kreative Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln. Deshalb sollte die Durchführung solcher Versuche mit automatisierten Fahrzeugen durch Private oder Unternehmen finanziert werden. Der Bund übernimmt mit dem Astra die notwendige Koordination dieser Versuche. Es ist definitiv nicht Aufgabe des Kantons, eine Vorreiterrolle bei der Förderung von autonomen Fahrzeugen einzunehmen. Die Regelungskompetenz für das automatisierte Fahren liegt klar beim Bund. Zum jetzigen Zeitpunkt sind deshalb im Kanton Luzern keine gesetzlichen Änderungen notwendig. Die SVP-Fraktion folgt der Argumentation der Regierung und lehnt auch die Erheblicherklärung als Postulat ab.

Barbara Irniger: Ganz so enthusiastisch wie Markus Bucher bin ich bei diesem Thema nicht. Wenn man im Bereich autonomes Fahren recherchiert, wird es ziemlich schnell sehr komplex. Aus der einen Quelle erfährt man, dass sich dadurch der Verkehr reduzieren lässt, und aus der anderen, dass es eher zu Mehrverkehr führt. Ob das autonome Fahren wirklich zu weniger Verkehr führt, kann sich die Grüne Fraktion nicht gut vorstellen. Das autonome Fahren benötigt zudem nicht weniger Platz. Wir sehen aber einen klaren Vorteil, dass der Zugang zur Mobilität für bestimmte Nutzergruppen einfacher wird, beispielsweise für ältere Menschen oder Menschen mit einer Behinderung. Es besteht aber noch viel Forschungsbedarf. Es ist wichtig, dass weiter geforscht wird. Der Fokus soll aber nicht allein auf dem autonomen Fahren liegen, sondern auf der Kombination mit intelligenten Verkehrssystemen und der Dekarbonisierung des Verkehrs. Eigentlich sehen wir den Kanton bei der Forschung nicht in

einer Hauptrolle. Auch auf den Einsatz von finanziellen Mitteln im grossen Stil soll der Kanton verzichten. Wenn klar ist, in welcher Weise das autonome Fahren die Mobilitätsziele des Kantons unterstützt, braucht es aber die Offenheit des Kantons, Versuche zu ermöglichen und Hand zu bieten bei der Unterstützung solcher Versuche. Diese Bereitschaft signalisiert der Regierungsrat in seiner Stellungnahme. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung als Postulat zu.

Angelina Spörri: Autonom Fahren können heute bereits viele Fahrzeuge. Einige, und es werden noch mehr, könnten noch selbständiger unterwegs sein, als es heute in der Schweiz möglich ist. Dabei würde es viele Vorteile geben: mehr Sicherheit, mehr Zeit, mehr Komfort für alle Verkehrsteilnehmenden, flüssigerer Verkehr und generell mehr Effizienz. Wir würden alle davon profitieren, und die eine oder andere Strasse müsste nicht ausgebaut werden. Bis wir Full-Self-Driving auch in der Schweiz nutzen können, braucht es gesetzliche Anpassungen. Auch versicherungstechnisch muss noch einiges erarbeitet werden. Bei der praktischen Umsetzung auf unseren Strassen braucht es Innovation sowie Test- und Pilotphasen. Zuerst braucht es aber den Willen des Bundes, sich dessen anzunehmen und festzulegen, was er tut. Wir haben gelesen, dass der Kanton Luzern auf gesetzlicher Ebene nicht im Lead ist, sondern der Bund. Laut Regierung ist auf gesetzlicher Ebene seitens des Kantons alles bereit, und es sind keine Änderungen nötig. Deshalb braucht es auch keine Motion. Wir sind aber schon der Meinung, dass die Regierung nochmals über die Bücher gehen soll und alles Machbare und Sinnvolle in die Wege leitet, damit der Motionär sein Ziel erreicht, dass Luzern im Bereich des autonomen Fahrens die Nase vorn haben soll. Die Bevölkerung und die Wirtschaft würden davon profitieren. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung als Postulat zu.

Sarah Bühler-Häfliger: Automatisiertes Fahren tönt verlockend: Man könnte während der Fahrt etwas anderes erledigen und sitzt trotzdem im eigenen Auto. Es ergeben sich ganz neue Mobilitätsperspektiven, auch für Betagte, Kinder oder Menschen mit Behinderungen. Ich habe auch gelesen, dass in den USA oder in China solche automatisierten Taxis unterwegs sind. Ich habe aber auch gelesen, dass diese Technologie noch in den Kinderschuhen steckt und sich manchmal auch gefährliche Situationen auf der Strasse ergeben, zum Beispiel bei Baustellen, die noch nicht im System eingetragen wurden. Der technische Fortschritt ist rasant, und solche Kinderkrankheiten werden sich auskurieren. Offenheit gegenüber neuen Technologien ist wichtig. Die Digitalisierung ist ja erklärermassen auch eine Strategie unseres Kantons. Doch solange die Entwicklungen in diesem Bereich noch völlig offen sind und es häufige Richtungswechsel im Sinn von Trial und Error gibt, sollten wir keine Massnahmen im Gesetz festhalten. Es sind internationale Entwicklungen im Gang bezüglich Fahrzeugen mit Automatisierungssystemen und Pflichten der Lenkenden. Der Bund schafft die Voraussetzungen, damit diese Empfehlungen übernommen werden können. Deshalb dürfen wir getrost abwarten und sinnvollerweise erst danach überlegen, was der Kanton unternehmen muss. Es wird zudem eine wichtige Frage sein, wie die kantonalen Zulassungsbehörden auf die neuen, automatisierten Fahrzeuge reagieren und vorbereitet sind. Es ist fraglich, ob wir unsere Strassenkapazitäten mit automatisierten Fahrzeugen noch mehr belasten wollen, die wieder zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen beitragen. Aus Sicht der SP-Fraktion muss der Fokus klar auf den flächeneffizienten Verkehrsmitteln liegen. Dann können wir auch das Problem der Strassenkapazitäten wirkungsvoll angehen. Es gibt neue Perspektiven für den öV, darin sehe ich einen sinnvollen Anwendungsbereich für automatisierte Fahrzeuge, gerade auch im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel bei den Transportunternehmen. Im Moment ist es so, dass die Regelungskompetenz für das automatisierte Fahren beim Bund liegt, und das aus gutem Grund. Wir sollten die Entwicklung mit Interesse verfolgen, denn für den flächeneffizienten Verkehr hat dieses

Konzept durchaus Potenzial. Es spricht nichts dagegen, wenn einzelne Firmen an Pilotprojekten arbeiten. Sie leisten damit eine wertvolle Vorarbeit. Um einen entsprechenden Passus ins Gesetz zu schreiben, ist es aber noch zu früh. Die SP-Fraktion stimmt der Ablehnung zu.

Thomas Alois Hodel: Ich verstehe nicht, weshalb hier der Staat eingreifen sollte. Die Firmen sind selber für die Entwicklung verantwortlich. In der Landwirtschaft gibt es bereits Fütterungsroboter, die selber die Strasse überqueren können. Das funktioniert, und die Technik wird immer besser. Wir können noch lange darüber diskutieren, denn das automatisierte Fahren wird sowieso kommen. Der Staat muss aber nicht eingreifen.

Adrian Nussbaum: Ich bin froh, wenn eine Mehrheit der Erheblicherklärung als Postulat zustimmt. Ich bin erstaunt über die ablehnenden Voten. Ich glaube nicht, dass diese Technik zu mehr Verkehr führt. Aber sie ist eine sehr grosse Chance. Wir planen heute die Mobilität der nächsten 20 Jahre. Wir alle wissen, dass das autonome Fahren in 20 Jahren in irgendeiner Form Einzug gehalten hat. Wir beziehen es aber nicht in unsere Planung mit ein. Ich sehe es weniger als eine Chance für betagte Menschen, sondern mehr für die Regionen, die auch in 20 Jahren noch keinen öV haben werden. Wir sollten nicht den motorisierten Individualverkehr (MIV) gegen den öV ausspielen, sondern die Chancen des automatisierten Fahrens erkennen. Unser Rat hat einen Klima- und Innovationsfonds bestellt, der wohl weit unten in einer Schublade versteckt ist. Ich bin überzeugt, dass wir uns mit den finanziellen Möglichkeiten, die wir haben, vermehrt überlegen müssten, wo wir Chancen nutzen und Innovation fördern könnten, so wie es der Kanton Zug letzte Woche gezeigt hat. Ich glaube, so sollte unser Vorbild aussehen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Regierung hat sehr wohl Lust auf autonomes Fahren und auf dessen Entwicklung. Wir haben das mehrmals in unseren Stellungnahmen zu entsprechenden Vorstössen Ihres Rates geäussert, aber auch in Vernehmlassungen des Bundes. Ich möchte aber erklären, weshalb wir die Motion ablehnen. Markus Bucher fordert, dass wir umgehend die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit der Kanton Luzern eine Vorreiterrolle im Bereich des autonomen Fahrens einnehmen kann. Wir erklären in unserer Stellungnahme, dass wir die Fortschritte beim autonomen Fahren anerkennen und begrüssen, aber kantonale Regelungen oder gar finanzielle Mittel dazu als unnötig erachten und deshalb beantragen, die Motion abzulehnen. Wir sind sehr wohl offen dafür und interessiert daran, dass es vorwärtsght. Aber für uns ist es klar, dass der Bund im Lead sein muss, denn autonomes Fahren kann nicht an den Kantonsgrenzen Halt machen. Wenn für mögliche Anwendungsversuche Luzerner Wirtschaftsunternehmen auf uns zukommen, sind wir gerne bereit, das Anliegen zu prüfen. Bisher sind diesbezüglich aber keine Unternehmen auf uns zugekommen. Wir stehen ja mit der Wirtschaft in regelmässigem Austausch, auch im Rahmen des Mobilitätskongresses. Wir sind auch im Austausch mit Helmut Ruhl von der Amag. Er ist beispielsweise auch für unseren Kanton bei der CEO-Initiative und dem Austausch mit den Wirtschaftskapitänen dabei, wo es um die Dekarbonisierung geht. Die Elektromobilität ist dabei ein wichtiges Thema. Helmut Ruhl hat auch an einer Sitzung der Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) teilgenommen und aufgezeigt, wie einer der grössten Automobilverkäufer der Schweiz das Thema angeht. Sie können uns also nicht vorwerfen, dass wir keine Lust auf dieses Thema haben. Rechtlich betrachtet ist es für uns klar, dass der Bund zuständig ist. Autonomes Fahren ist bisher noch nicht zulässig, aber es wird bald zulässig sein, was wir sehr begrüssen. Eine Förderung des autonomen Fahrens schliesst unser Rat nicht aus, im Gegenteil, wir sind offen dafür. Wir sehen im autonomen Fahren auch mehr Chancen als Risiken. Bei Pilotprojekten sehen wir aber die Verantwortung

bei den Unternehmen und nicht beim Staat. Wenn es nötig ist, für die Zusammenarbeit mit den Unternehmen die Rahmenbedingungen zu verbessern, sind wir offen dafür. Wir müssen aber auch unsere Ressourcen einteilen. Es nützt nichts, wenn ich weitere Mitarbeitende mit Projekten beauftrage, die eigentlich beim Bund am richtigen Ort sind. Diese Mitarbeitenden müssen in den Stellenplänen aufgeführt werden. Die Diskussion Ihres und unseres Rates über die Stellenpläne kennen wir. Sie haben keine Freude, wenn wir weitere Mitarbeitende für solche Projekte anstellen. Deshalb müssen wir in unserem Rat priorisieren. Ich bitte Sie, unserem Ablehnungsantrag zu folgen.

Der Rat erklärt die in ein Postulat umgewandelte Motion mit 63 zu 42 Stimmen erheblich.